Harders/Schwamb
FamFG

Beck'sche Kurz-Kommentare

Band 33

FamFG

Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit

Begründet von

Ursula Bumiller † und Prof. Dr. Karl Winkler

Herausgegeben von

Dr. Dirk Harders und Werner Schwamb

Bearbeitet von

Prof. Dr. Josef Bongartz

Professor an der Hochschule Furtwangen

Jörg Felix

Dipl.-Rpfl. am Landgericht Hannover

Dr. Joanna Guttzeit

Richterin am Amtsgericht Pankow

Dr. Dirk Harders

Notar in Birkenfeld/Nahe

Brigitte Meyer-Wehage

Richterin am Oberlandesgericht a. D.

Dr. Marko Oldenburger

Rechtsanwalt in Hamburg

Werner Schwamb

Vorsitzender Richter am OLG a. D.

14., überarbeitete Auflage 2027

C.H.BECK

Zitiervorschläge: Harders/Schwamb/Autor FamFG § … Rn. …
Harders/Schwamb/Schwamb VersAusglG § … Rn. …

beck.de

ISBN PRINT 978 3 406 83236 9

© 2027 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@beck.de
Satz, Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen

chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Vor Ihnen liegt mit der völlig neu konzipierten 14. Auflage der Kommentierung des FamFG aus der Reihe „Beck'sche Kurz-Kommentare" zugleich die erste Auflage ohne unsere am 13.5.2022 verstorbene bisherige Mitverfasserin Vors. Richterin am LG a. D. Ursula Bumiller, die diesen Kommentar gemeinsam mit Herrn Prof. Dr. Karl Winkler als Kommentar zum FGG 1973 begründet hat. Im Vorwort zu der noch unter ihrer Mitwirkung, jedoch erst kurz nach ihrem Tod erschienenen, ihr gewidmeten 13. Auflage sind Ursula Bumillers Verdienste um die Weiterentwicklung des Werks zu einer vollständigen Kommentierung des am 1.9.2009 in Kraft getretenen Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) gewürdigt worden.

Diese Neuauflage wird nun von den bisherigen Mitverfassern Notar Dr. Dirk Harders und Vors. Richter am OLG a. D. Werner Schwamb herausgegeben. Beide Herausgeber haben auch die Kommentierung der bereits bisher von ihnen betreuten Teile des Werks aktualisiert und fortgeschrieben.

Für die bisher von Frau Bumiller kommentierten Teile konnten fünf thematisch besonders bewanderte und praktisch erfahrene Autorinnen und Autoren gewonnen werden, die dem Werk einen ganz neuen Anstrich verleihen. Die §§ 1 bis 96a hat Frau Richterin am OLG a. D. Brigitte Meyer-Wehage erläutert. Sie hat als Richterin, Dozentin und auch in ihrer Zeit als Referentin am BMJ in praktischer, wissenschaftlicher und gesetzgeberischer Hinsicht herausragende Kenntnisse des FamFG erworben, die in der Erläuterung des Allgemeinen Teils besonders zum Tragen kommen. Frau Richterin am AG Dr. Joanna Guttzeit, die die Bearbeitung des Abschnitts „Verfahren mit internationalem Bezug" übernommen hat, ist Richterin am Familiengericht mit Schwerpunkt im internationalen Familienrecht und auch international als Verbindungsrichterin im Internationalen Haager Richternetzwerk sowie im Europäischen Justiziellen Netz für Zivil- und Handelssachen tätig. Sie ist prädestiniert, die internationalen Bezüge zu kommentieren. Herr Prof. Dr. Josef Bongartz war als Richter und Staatsanwalt in Baden-Württemberg tätig und ist nunmehr Professor an der Hochschule Furtwangen. Er publiziert langjährig ua zum Kindschaftsrecht, zu Abstammung und elterlicher Sorge sowie dem zugehörigen Verfahrensrecht. Diese besondere Expertise konnte er in seine Kommentierung des Verfahrens in Kindschaftssachen einfließen lassen. Die §§ 169–199 wurden von Herrn Dr. Marko Oldenburger, einem ausgewiesenen Kenner des Abstammungs- und Adoptionsrechts, neu kommentiert. Als Rechtsanwalt, Dozent, Referent, langjähriger wissenschaftlicher Autor, Mitglied des Ausschusses Familienrecht des Deutschen Anwaltvereins und Sachverständiger für den Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages verbindet er langjährige berufliche und rechtspolitische Erfahrungen mit wissenschaftlicher Tiefe. Vor diesem Hintergrund kann

er die von ihm übernommenen Vorschriften aus dem Blickwinkel der Gesetzgebung und der Praxis beleuchten. Herr Dipl. Rpfl. Jörg Felix ist Rechtspfleger am Amtsgericht und auch als Dozent und Referent im Bereich des Betreuungsrechts aktiv. Er bringt dadurch in besonderer Weise praktische Erfahrung und wissenschaftliche Durchdringung bei seiner Kommentierung des Buches 3 „Betreuungs- und Unterbringungssachen" und des Buches 7 „Verfahren in Freiheitsentziehungssachen" ein.

Seit der 13. Auflage sind zahlreiche Gesetze ergangen, die in der Einleitung Nr. 146–170 dargestellt sind und in die Kommentierungen eingearbeitet wurden.

Hervorzuheben sind das Gesetz zur Abschaffung des Güterrechtsregisters und zur Änderung des COVID-19-Insolvenzaussetzungsgesetzes vom 31.10.2022, das Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz (PUEG) vom 19.6.2023, das Gesetz zur Verbesserung der Rückführung (Rückführungsverbesserungsgesetz) vom 21.2.2024, das Gesetz über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag und zur Änderung weiterer Vorschriften (SBGG/uaÄndG) vom 19.6.2024, das Gesetz zum Schutz Minderjähriger bei Auslandsehen (AuslEheMSchG) vom 24.6.2024, das Gesetz zur weiteren Digitalisierung der Justiz (JustizDigitG) vom 12.7.2024, das Postrechtsmodernisierungsgesetz (PostModG) vom 15.7.2024, das Gesetz zur Förderung des Einsatzes von Videokonferenztechnik in der Zivilgerichtsbarkeit und den Fachgerichtsbarkeiten (VideokonfFöG) vom 15.7.2024, das Finanzmarktdigitalisierungsgesetz vom 27.12.2024, das Kosten- und Betreuervergütungsrechtsänderungsgesetz 2025 (KostBRÄG 2025) vom 7.4.2025, das Gesetz zur Änderung des Zuständigkeitsstreitwerts der Amtsgerichte, zum Ausbau der Spezialisierung der Justiz in Zivilsachen ua vom 8.12.2025, das Gesetz zur Änderung der Vorschriften über die Einführung der elektronischen Akte in der Justiz und über die allgemeine Beeidigung von Gerichtsdolmetschern sowie zur Änderung des Stiftungsregisterrechts vom 8.12.2025, das Gesetz zur Einführung einer elektronischen Präsenzbeurkundung (EPräsBeurkEG) vom 10.12.2025, das Gesetz zur Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Vaterschaftsanfechtung vom 29.3.2026 (BT-Drs. 21/2997), die am 1.10.2026 in Kraft tretenden Gesetze zur weiteren Digitalisierung der Zwangsvollstreckung vom 20.5.2026 und zur Digitalisierung des Vollzugs von Immobilienverträgen, der gerichtlichen Genehmigungen von notariellen Rechtsgeschäften und der steuerlichen Anzeigen der Notare vom 22.6.2026 sowie zuletzt noch das Gesetz zur Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung und der Täterarbeit im Gewaltschutzgesetz vom 2.7.2026, das eine am 10.7.2026 in Kraft getretene Ergänzung von § 214 II mit sich gebracht hat, im Wesentlichen aber erst am 1.7.2027 in Kraft tritt, ua mit der Neueinführung von §§ 94a-d in einem neuen Unterabschnitt 3 „Vollstreckung von Entscheidungen bei Anordnung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung nach dem Gewaltschutzgesetz" sowie neuen §§ 167c, 216b nebst weiteren Änderungen in bestehenden Vorschriften, zB § 57 S. 2 Nr. 4 und Nr. 4a mit der Erweiterung des Beschwerderechts auf die einstweilige Anordnung einer elektronischen Aufenthaltsüberwachung.

Eine weitere Besonderheit dieser Auflage ist es, dass einige der aktuellen Gesetzgebungsvorhaben, deren Abschluss nicht mehr abgewartet werden

konnte, die aber wegen ihrer hohen Bedeutung mit großer Wahrscheinlichkeit alsbald umgesetzt werden sollen, im Rahmen bereits bestehender Vorschriften vorgestellt werden. Dazu gehört insbesondere der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Versorgungsausgleichsrechts (BT-Drs. 21/6510 vom 15.6.2026), der am 9.7.2026 erstmals im Bundestag behandelt worden ist. Im Zuge der seit langem geforderten Regelung eines schuldrechtlichen Ausgleichs von im Versorgungsausgleich bei der Scheidung übergangenen Anrechten (Schwamb → Vor §§ 217–229 Rn. 1, 10, 11, 13, 14) sollen auch verfahrensrechtliche Regelungen verbessert werden (→ § 224 Rn. 15, → § 226 Rn. 11, → § 227 Rn. 23) und es bedarf einer Ergänzung der Übergangsvorschriften durch § 55 VersAusglG-E, → VersAusglG § 54 Rn. 7). Noch nicht ganz so weit, aber ebenfalls von großer Bedeutung ist der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Regelung über ärztliche Zwangsmaßnahmen im Betreuungsrecht und zur Stärkung des ultimaratio-Gebots sowie der Selbstbestimmung der Betroffenen. Die Regelung ist schon wegen der Fristsetzung des BVerfG bis Ende 2026 erforderlich. Vorgesehen sind ua neue §§ 317a-b FamFG-E (Felix → § 317 Rn. 9 ff., 13, 14) über die Eignung des Verfahrenspflegers nebst deren Nachweis sowie seine Aufgaben und Rechtsstellung, ferner eine Neufassung der §§ 317, 318, 319, 323 und des § 331 zur einstweiligen Anordnung einer vorläufigen Unterbringungsmaßnahme, auf die Felix in seinen Kommentierungen jeweils vorausblickt. Ferner liegen seit Mai 2026 weitere Referentenentwürfe für ein Gesetz zur Reform des Kindschaftsrechts und ein Gesetz zur Verbesserung des Schutzes von Opfern häuslicher Gewalt, zur Stärkung der Stellung des Kindes im Verfahren und zur Steigerung der Verfahrenseffizienz vor. Besonders der zweite Entwurf sieht eine Vielzahl von Änderungen im FamFG vor, ua eine Erweiterung der Verfahrensfähigkeit ab Vollendung des 14. Lebensjahres nach § 9 I Nr. 3, eine Einfügung von §§ 13a und b-E über die Erteilung von Auskünften und Akteneinsicht zu Forschungszwecken (Meyer-Wehage → § 13 Rn. 2), eine Erweiterung des Beschwerderechts gegen einstweilige Anordnungen nach § 57 S. 2 auf bestimmte Fälle des Umgangs, die überfällige Korrektur des § 64 II 2 für Beschwerden in Folgesachen (Meyer-Wehage → § 64 Rn. 5, Schwamb → § 114 Rn. 13), eine Erleichterung hinsichtlich der Anhörungspflichten nach § 68 V bei offensichtlich unbegründeten Beschwerden, das Ermöglichen von Gesprächen des Verfahrensbeistands mit dem Kind (§ 158d-E (neu); Bongartz → § 158b Rn. 12 ff) sowie Zuständigkeits- und Verfahrensänderungen nach §§ 152, 156, 156a-E (neu), 170, 211, 211a-E (neu), 212, 216a, 232 in Fällen häuslicher Gewalt, um nur die wesentlichsten geplanten Änderungen zu nennen.

Die Herausgeber haben sich entschlossen, das bisherige Kapitel „GVG" im Anhang zu entnehmen. Soweit Vorschriften des GVG im familienrechtlichen Verfahren von Bedeutung sind, werden sie bei den jeweiligen Vorschriften des FamFG berücksichtigt. Im Übrigen kann auch noch auf die 13. Auflage zurückgegriffen werden.

Anstelle des bisherigen Anhangs zu § 229 (Übergangsvorschriften zum VersAusglG) enthält die 14. Auflage nun einen neuen Anhang am Ende des Werks mit eigenständiger Kommentierung der §§ 48–54 VersAusglG nebst Ausblick auf § 55 VersAusglG-E.

Vorwort

Literatur und Rechtsprechung wurden bis Mai 2026 eingearbeitet, in Einzelfällen sind noch spätere Entscheidungen berücksichtigt.

Für Anregungen aus der Praxis sind die Verfasser auch weiterhin dankbar.

Birkenfeld, Marburg im September 2026 Die Herausgeber

Verzeichnis der Bearbeitenden

Prof. Dr. Josef Bongartz	§§ 151–168g
Dipl.-Rpfl. Jörg Felix	§§ 271–341, 415–432
Dr. Joanna Guttzeit	§§ 97–110
Dr. Dirk Harders	§§ 342–414, 433–493
Brigitte Meyer-Wehage	§§ 1–96a
Dr. Marko Oldenburger	§§ 169–199
Werner Schwamb	Einleitung; §§ 111–150, 200–270; VersAusglG §§ 48–54

Inhaltsübersicht

Vorwort V
Verzeichnis der Bearbeitenden IX
Abkürzungen XV
Schriftum XXVII
Einleitung 1

Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG)

Buch 1. Allgemeiner Teil 59
Abschnitt 1. Allgemeine Vorschriften 59
Abschnitt 2. Verfahren im ersten Rechtszug 183
Abschnitt 3. Beschluss 249
Abschnitt 4. Einstweilige Anordnung 287
Abschnitt 5. Rechtsmittel 311
Unterabschnitt 1. Beschwerde 311
Unterabschnitt 2. Rechtsbeschwerde 388
Abschnitt 6. Verfahrenskostenhilfe 417
Abschnitt 7. Kosten 446
Abschnitt 8. Vollstreckung 471
Unterabschnitt 1. Allgemeine Vorschriften 471
Unterabschnitt 2. Vollstreckung von Entscheidungen über die Herausgabe von Personen und die Regelung des Umgangs 480
Unterabschnitt 3. Vollstreckung nach der Zivilprozessordnung 497
Unterabschnitt 4. Vollstreckung im Zivilprozess 503
Abschnitt 9. Verfahren mit Auslandsbezug 514
Unterabschnitt 1. Verhältnis zu völkerrechtlichen Vereinbarungen und Rechtsakten der Europäischen Union 514
Unterabschnitt 2. Internationale Zuständigkeit 521
Unterabschnitt 3. Anerkennung und Vollstreckbarkeit ausländischer Entscheidungen 572

Buch 2. Verfahren in Familiensachen 611
Abschnitt 1. Allgemeine Vorschriften 611
Abschnitt 2. Verfahren in Ehesachen; Verfahren in Scheidungssachen und Folgesachen 669
Unterabschnitt 1. Verfahren in Ehesachen 669
Unterabschnitt 2. Verfahren in Scheidungssachen und Folgesachen .. 699
Abschnitt 3. Verfahren in Kindschaftssachen 759
Abschnitt 4. Verfahren in Abstammungssachen 903

Inhaltsübersicht

Abschnitt 5. Verfahren in Adoptionssachen 969
Abschnitt 6. Verfahren in Ehewohnungs- und Haushaltssachen 1022
Abschnitt 7. Verfahren in Gewaltschutzsachen 1046
Abschnitt 8. Verfahren in Versorgungsausgleichssachen 1071
Abschnitt 9. Verfahren in Unterhaltssachen 1159
Unterabschnitt 1. Besondere Verfahrensvorschriften 1159
Unterabschnitt 2. Einstweilige Anordnung 1225
Unterabschnitt 3. Vereinfachtes Verfahren über den Unterhalt Minderjähriger 1236
Abschnitt 10. Verfahren in Güterrechtssachen 1269
Abschnitt 11. Verfahren in sonstigen Familiensachen 1282
Abschnitt 12. Verfahren in Lebenspartnerschaftssachen 1293

Buch 3. Verfahren in Betreuungs- und Unterbringungssachen 1301
Abschnitt 1. Verfahren in Betreuungssachen 1301
Abschnitt 2. Verfahren in Unterbringungssachen 1544
Abschnitt 3. Verfahren in betreuungsgerichtlichen Zuweisungssachen 1602

Buch 4. Verfahren in Nachlass- und Teilungssachen 1605
Abschnitt 1. Begriffsbestimmung; örtliche Zuständigkeit 1605
Abschnitt 2. Verfahren in Nachlasssachen 1636
Unterabschnitt 1. Allgemeine Bestimmungen 1636
Unterabschnitt 2. Verwahrung von Verfügungen von Todes wegen . 1644
Unterabschnitt 3. Eröffnung von Verfügungen von Todes wegen ... 1656
Unterabschnitt 4. Erbscheinsverfahren; Testamentsvollstreckung 1674
Unterabschnitt 5. Sonstige verfahrensrechtliche Regelungen 1725
Abschnitt 3. Verfahren in Teilungssachen 1742

Buch 5. Verfahren in Registersachen, unternehmensrechtliche Verfahren 1767
Abschnitt 1. Begriffsbestimmung 1767
Abschnitt 2. Zuständigkeit 1789
Abschnitt 3. Registersachen 1799
Unterabschnitt 1. Verfahren 1799
Unterabschnitt 2. Zwangsgeldverfahren 1841
Unterabschnitt 3. Löschungs- und Auflösungsverfahren 1865
Unterabschnitt 4. Ergänzende Vorschriften für das Vereinsregister ... 1900
Abschnitt 4. Unternehmensrechtliche Verfahren 1902

Buch 6. Verfahren in weiteren Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit 1919

Buch 7. Verfahren in Freiheitsentziehungssachen 1927

Buch 8. Verfahren in Aufgebotssachen 1975
Abschnitt 1. Allgemeine Verfahrensvorschriften 1977

Abschnitt 2. Aufgebot des Eigentümers von Grundstücken, Schiffen und Schiffsbauwerken 1989
Abschnitt 3. Aufgebot des Gläubigers von Grund- und Schiffspfandrechten sowie des Berechtigten sonstiger dinglicher Rechte 1993
Abschnitt 4. Aufgebot von Nachlassgläubigern 2001
Abschnitt 5. Aufgebot der Schiffsgläubiger 2010
Abschnitt 6. Aufgebot zur Kraftloserklärung von Urkunden 2011

Buch 9. Schlussvorschriften 2029

VersAusglG 2037

Sachverzeichnis 2053